

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorinstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: VBerband Bochum.

Otto Hue 10 Jahre tot!



für die Psychologie der unterdrückten Massen gestaltete Hue das Verbandsorgan zu einem Sprachrohr für die Unterdrückten. Unbarmherzig geißelte er die Mißstände in den Gruben, die Unterlassungen auf dem Gebiete der Grubensicherheit, die immer wieder zu großen Grubentatastrophen führten. Hartnäckig und zähe ging er den wirtschaftlichen

Otto Hue zum Gedenken.

Ob deinem kühlen Grabe
Ist ein Jahrzehnt verrauscht.
Den Stürmen und Gewittern
Hat oft dein Ohr gelauscht —

Gelauscht, ob deine Jünger
Auch deines Geistes sind,
Ob sie wie Eichen stehen
In Nacht und Sturm und Wind.

Wir trotzen wie die Eichen
Und folgen deinem Geist,
Der uns durch Finsternisse
Den Pfad zur Lichtung weist —

Der uns von hoher Warte
Mit Donnerworten lehrt,
Wie sich der Kohlengraber
Der Herrenmacht erwehrt.

An deiner Gruft geloben
Wir feierlich aufs neu:
Wir bleiben deiner Weisung
Und deinem Kampfziel treu!

Wir kämpfen, bis dem Bergmann
Das Recht des Lebens wird
Und seine letzte Fessel
Zerstückt zu Boden klirrt! —

Durch Nacht und Sturm und Wetter
Führt uns dein Führerwort.
So wird es für uns wirken
Unsterblich fort und fort!

Victor Kalinowski.

Argumenten der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung, gegen den Aufbau der Grubensicherheit, gegen Verbesserung auf dem Gebiete des Knappschaftswesens zu Leibe. Wo Zeitung und Versammlungen nicht genügten, warf er lebendige Flugblätter und Broschüren in die Massen. In einer Reihe von aufsehenerregenden Prozessen gelang es ihm, unerhörte Mißstände im deutschen Bergbau zu geißeln. Der Verbandsvorstand gab dem talentierten Kameraden alle Möglichkeiten der Ausbildung. In allen deutschen Bergrevieren war er zu Hause, Studienreisen führten ihn ins Ausland, seine Kenntnisse, seine Materialsammlung wurden immer größer und so entstand der Plan, eine Geschichte der Bergarbeiterbewegung zu schreiben. Es entstand das zweibändige Werk „Die Bergarbeiter“, eine historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit.

Obwohl Hue nie offiziell dem Verbandsvorstand angehörte, obwohl er sich nie nach vorn drängte, war er doch der eigentliche Verbandsführer. Anregungen zu geben, zur Arbeit für die Arbeiterfrage anzuspornen, Begeisterung für Arbeit und Ziel auszulösen, Notwendigkeiten und praktische Möglichkeiten zu erkennen, verstand niemand so wie er. Anfänglich war er kein guter Redner und wirkte nur durch schmutzigen Vortrag seines Tatsachenmaterials. Erst später kamen rednerische Gewandtheit und Temperament hinzu, so daß er auf Verbandstagen, Kongressen, im Landtag und Reichstag aufmerksame Zuhörer hatte.

Ueber den Rahmen seines Verbandes hinaus war seine Arbeit fruchtbar in der allgemeinen Arbeiterbewegung. Er war einer der ersten, der sich mit Eifer und Geschick für das Dreischichtensystem in den Hüttenwerken einsetzte, der einen erbitterten Kampf führte gegen die elenden Entlohnungs- und Behandlungsmethoden in der Schwerindustrie. 1903 bis 1911 vertrat er den Wahlkreis Bochum im Reichstag, von 1913 bis 1918 entsandten ihn die Berliner Sozialdemokraten in den Preussischen Landtag. In beiden Parlamenten war er der berufenste Sprecher der Berg- und Hüttenarbeiter.

Seine Auslandsreisen vermittelten ihm gründliche Kenntnisse der ausländischen, insbesondere der englischen Bergbauindustrie. Mit manchem internationalen Gewerkschaftsführer verband ihn enge Freundschaft... Seinem Einfluß war es besonders zu danken, daß die internationale Organisation der Bergarbeiter bald nach dem Kriege wieder auflebte und schon 1920 den Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf abhalten konnte. Auf der Konferenz in Spa vertrat Stinnes die Interessen des deutschen Volkes in der Art eines Katastrophenpolitikers, während Hues Auftreten zwar energisch, aber verständlich war und sich die Achtung der Gegner erzwang. Es war kein Zufall, daß Lloyd George auf dieser Konferenz die persönliche Bekanntschaft Hues suchte. Es ist auch kein Zufall, daß Fürst von Bülow in seinen „Denkwürdigkeiten“ diesen Bergarbeiterführer so sympathisch schildert. 1922 sollte Hue mit Rathenau nach Genf gehen, wo er ihm sicherlich eine große Stütze gewesen wäre. Ein paar Wochen vorher, am 18. April 1922, schloß er die Augen für immer, betrauert von Millionen. Aus der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung ist eine Gestalt wie Hue nicht wegzudenken.“

Wenn wir abschließend noch einmal das Lebenswert Otto Hues überschauen, dann stellen wir fest, daß er neben seiner allgemeinen organisatorischen Tätigkeit auch auf schriftstellerischem Gebiete sehr produktiv war. Außer den bekannten zwei Bänden „Die Bergarbeiter“ sind weiter achtzehn Schriften erschienen, die Gedankengänge von Otto Hue zum Inhalt haben. Die Ausführungen waren allesamt von dem Willen beseelt, der Bergarbeiterchaft zu helfen. Das wollen wir nicht vergessen!

In einer Zeit schwerster wirtschaftlicher und politischer Not gedenken wir eines Mannes, dessen ganzes Dichten und Trachten darauf gerichtet war, die Bergarbeiterschaft aus der wirtschaftlichen und politischen Unfreiheit herauszuführen und sie loszulösen von der Bevormundung eines finanzgewaltigen Unternehmertums. Es ist Otto Hue, der unvergessene Führer, der jahrzehntlang eine überragende Rolle in der Arbeiterbewegung gespielt hat. Zu einer Zeit, als sich die Wogen der Nachkriegszeit noch nicht geglättet hatten, mußte Otto Hue von uns scheiden. Un erwartet wurde er aus einem arbeitsreichen Leben gerissen. Große Pläne schwebten ihm noch vor, doch er konnte sie nicht mehr ausführen, sie wurden vom Tode durchkreuzt. Damals schrieb unsere „Bergarbeiter-Zeitung“: „Noch nie fiel die Feder der Hand so schwer als jetzt, wo wir sagen müssen: Unser Hue ist nicht mehr! Unser Führer ist tot! Es ist uns, als wäre ein Stück von uns selbst mit ihm ins Grab gesunken; von tiefer Trauer überwältigt stehen wir an seinem Grabe. Mitten aus einem arbeitsreichen Leben, aus unseren Kampflinien riß ihn in der Nacht vom 18. zum 19. April 1922 der Tod hinweg. Schon 1905 entram er mit knapper Not dem Grabe und wir alle hofften, daß die schlimmste Gefahr vorüber sei. Nun kam der Krieg, der Zerrütteter aller Volksgeundheit, und ging auch an unserm Hue nicht spurlos vorüber. Die nachfolgende aufreibende Zeit ließ ihn in seinem Eifer die Grenzen seiner körperlichen Kraft überschreiten, die Krankheit, eine schwere Lungenentzündung,kehrte wieder und raubte ihn uns.“

Wenn Otto Hue auch von uns schied, sein Geist blieb bei uns. Sein Lebenswerk konnte uns nicht geraubt werden. Gerade jetzt, wo alles wieder in Bewegung gekommen ist und die Wogen wieder einmal hoch gehen, geloben wir uns aufs neue, im Sinne dieser markanten Persönlichkeit weiter zu kämpfen, bis das gesteckte Ziel erreicht und das Proletariat aus den Fängen des Kapitals befreit ist.

Der Nachfolger Otto Hues wurde Heinrich L i m b e r g. Knapp zehn Jahre nach dem Hinscheiden Hues mußten wir auch ihn zu Grabe tragen. Nun deckt ihn schon seit einigen Tagen die kühle Erde. Wiederholt hat er seines großen Vorgängers gedacht; lassen wir ihn deshalb auch heute noch einmal zu Worte kommen. Heinrich Limberg würdigte in einer Abhandlung, die im Jahre 1930 im „Internationalen Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens“ erschienen ist, Otto Hue, u. a. wie folgt:

„Otto Hue war in der deutschen und in der internationalen Arbeiterbewegung eine einzigartige Erscheinung. Er hatte das Glück, seine Anlagen und Fähigkeiten in einer Zeit entwickeln zu können, wie es nicht manchem beschieden war... Von 1882 bis 1894 arbeitete er auf verschiedenen Eisen- und Hüttenwerken, zuletzt bei Krupp in Essen. Hier trat er 1893, zuerst unter anderem Namen, in Versammlungen auf und kam um diese Zeit auch zur Mitarbeit am Blatt des damaligen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes.

Die Friedhofsruhe in der deutschen Arbeiterbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes wurde 1889 durch den machtvollen Bergarbeiterstreik unterbrochen, der seine Wellen in alle deutschen Bergreviere schlug. Bald zählte der neugegründete Verband über 50 000 Mitglieder, aber Streiks, Maßregelungen, Verfolgung durch Justiz und Polizei drückten die Zahl in den folgenden Jahren bis auf wenige tausend herunter. Ein Redakteur nach dem anderen wanderte ins Gefängnis. Oft war ein neuer Redakteur kaum einig. Wochen in seiner Stellung, als er schon wieder verhaftet wurde. So wurde 1894 aus dem Mitarbeiter der Redakteur Otto Hue. Mit Feuereifer stellte er seine Kraft in den Dienst des Verbandes und verzichtete in der Zeit des Niederganges der Organisation auf Teile seines persönlichen Gehalts...

In unermüdlicher Arbeit, mit einem scharfen Blick für das Mögliche und Notwendige, mit großem Verständnis

Bergarbeiter! Kameraden!

Gedenket eurer Vorkämpfer. Weckt und werbt in ihrem Sinne, damit ihr Streben nicht vergebens war. Große Aufgaben sind noch zu bewältigen. Wir werden es schaffen, wenn wir mit dem Elan zu Werke gehen, wie es unsere Führer getan haben und die Leute um Hitler werden einsehen lernen, daß die Saat, die unsere Vorkämpfer gestreut haben, auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Auf zur Landtagswahl!

Wir wählen SPD!
Wir wählen rot!
Das bedeutet:
Freiheit, Arbeit und Brot!

Wir wählen SPD!
Wir wählen rot!
Das bedeutet:
Freiheit, Arbeit und Brot.

Wir stimmen für Ordnung im Staat!
Für Geltung im Völkerrat!
Für der Verfassung hehres Ziel!
Für reinen Kampf im Kräftespiel!
Für gleiches Recht und gleiche Pflicht!
Für Lebensraum mit Glück und Licht!
Für Menschenwürde, Nächstenliebe!
Für Mitbestimmung im Betriebe!
Für Mitbestimmung in Verwaltung!
Für demokratische Entfaltung!
Für des Volkes Wohlergehen!
Für Augenmaß im Weltgeschehen!
Für Aufbau ohne Ende!
Für Gleichheit aller Stände!
Für Planung der Produktion!
Für Arbeit und gerechten Lohn!
Für Fortschritt, Frieden und Kultur!
Das sei am Sonntag unser Schwur!

Wir stimmen gegen den Hitlerstaat!
Gegen Terror und Hochverrat!
Gegen Chaos und Bürgerkrieg!
Gegen des Geldsacks blutigen Sieg!
Gegen Betrug, Gewalt und Mord!
Gegen Verleumdung in Schrift und Wort!
Gegen Versklavung der schaffenden Massen!
Gegen Verhetzung der Völker und Rassen!
Gegen brutale Beugung des Rechts!
Gegen Verrohung des jungen Geschlechts!
Gegen geistige Verknechtung!
Gegen leibliche Entrechtung!
Gegen Bedrohung und Tyrannei!
Gegen Vergeltungskriegsgeschrei!
Gegen den Blutrausch der Köpferoller!
Gegen den Haß- und Phrasenkoller!
Gegen Willkür und Diktatur!
Das sei am Sonntag unser Schwur!

Heran, alle Mann: Für Freiheit, Arbeit und Brot!
Wir wählen SPD! Wir alle wählen rot!

Halte die Macht in Preußen!

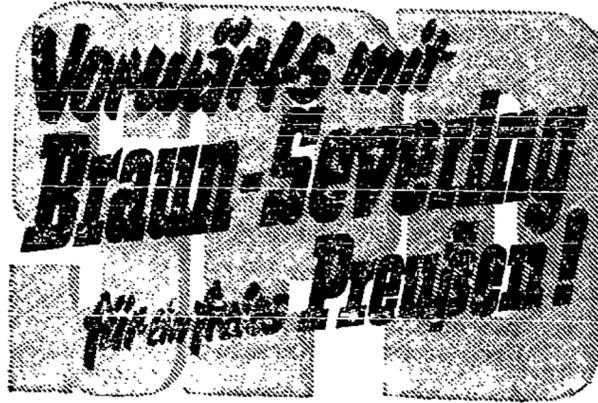
Der Wahlkampf in Preußen steht demjenigen um den Sitz des Reichspräsidenten um nichts nach. Bedauerlicherweise werden die Landtags- und Kommunalwahlen von vielen Personen weniger beachtet und ihnen weniger Bedeutung beigemessen als den Wahlen zum Reichsparlament oder der Reichspräsidentenwahl. Nichts ist unrichtiger als dies. Die Verfassung in Deutschland ist nicht so einheitlich gegliedert wie die anderer Länder. Die Exekutivgewalt wird hierzulande in erheblichem Maße von den Länderregierungen ausgeübt. Deshalb ist die Befehung der Länderregierungen von entscheidender Bedeutung. Den preußischen Landtagswahlen kommt eine besondere Bedeutung zu. Allein durch ihre Größe — Preußen umfaßt drei Fünftel des Reichs — ist die Verwaltung dieses Landes ein wichtiger Faktor. Der Verwaltungsapparat Preußens, der durch Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten in den Provinzen ausgeübt wird, hält praktisch das gesamte öffentliche Leben in seiner Hand. Staatlich ist ferner die Polizei, die Justizverwaltung, die Schulen, einschließlich Hochschulen usw. Wenn man dies zu dem allgemeinen Verwaltungsapparat hinzunimmt, so muß jeder erkennen, daß die Regierung Preußens den stärksten ausschlaggebendsten Machtfaktor in Deutschland darstellt. Bedenkt man noch weiter, daß das Land Preußen der größte Grundbesitzer ist und durch seine öffentliche Wirtschaft einen überragenden Faktor im Wirtschaftsleben darstellt, so hat man ein geschlossenes Bild von dem Machtimpuls, den eine Regierung in Preußen verkörpert.

Die Preußen-Regierung hat in der unruhigen Nachkriegszeit den sichersten Stützpunkt stabiler Verhältnisse gebildet. In anderen Ländern und namentlich im Reich haben Regierungen und Regierungskoalitionen des öfteren gewechselt. Nur in Preußen ist das Kabinett Braun ununterbrochen zehn Jahre hindurch am Ruder geblieben. In Braun und Severing hat die deutsche Arbeiterbewegung der öffentlichen Gewalt Staatsmänner von überragender Fähigkeit zur Verfügung gestellt. Dies müssen selbst die Gegner rückhaltlos anerkennen. Aber gegen diese Männer richtet sich jetzt der ganze Stoß der Reaktion einschließlich der Kommunisten. Sie haben ihre aufreibende Tätigkeit mit Ruhe und Gelassenheit seit einem Jahrzehnt ausgeübt. Wir sind diesen Männern nicht nur zu großem Dank verpflichtet, es ist auch unsere Aufgabe, mit aller Schärfe darauf zu sorgen, daß sie mit großer Wahrscheinlichkeit wiedergewählt werden. Die Preußen-Regierung ist eine Koalitionsregierung. Die Regierungsgewalt wird ausgeübt von der sogenannten Weimarer Koalition, nämlich von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Staatspartei. Von den 450 Abgeordneten des Preußischen Landtags haben die Regierungsparteien 231 und die Oppositionsparteien 219. Eine Koalitionsregierung muß sich naturgemäß im Rahmen des möglichen halten. Nicht alle Wünsche können bei einer solchen erfüllt werden. Es ist aber notwendig festzustellen, daß die fast reibungslose Zusammenarbeit der Koalition ein Höchstmaß von politischer Machtentfaltung ermöglicht hat. Nur auf der Basis dieser Koalition war und ist bei den gegebenen Verhältnissen eine Regierung in Preußen im Sinne des arbeitenden Volkes möglich.

Was wir früher bei den Wahlen zum Preußischen Landtag nicht gekannt haben, ist der riesige Ansturm einer Partei der Nationalsozialisten. Am Troß dieser sogenannten Arbeiterpartei befinden sich alle jene Elemente, die zur Futtertrappe drängen. Da in Preußen Stellen zu vergeben sind, glaubt man hauptsächlich hier die stellungsgrünen Nachläufer befriedigen zu können. Dabei ist die Zahl der sozialdemokratischen Beamten in Preußen verhältnismäßig gering. Trotzdem dies der Fall ist, spricht man von einer Herrschaft der sozialdemokratischen Parteibuchbeamten. In ihrer Agitation glauben die Nazis das alte Lorbeerpreußen besonders herausstreichen zu müssen. Wie sah dies alte Preußen in Wirklichkeit aus? Hier herrschten der König und seine Kammer, die Militärs, die Junker und der Adel.

Das ist nach der Staatsumwälzung 1918 anders geworden. Die arbeitende Klasse wurde durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum herrschenden Faktor in Preußen. In mühseliger Arbeit wurde dieser seit Jahrhunderten einseitig regierte Obrigkeitstaat in einen demokratischen Volksstaat umgewandelt. Gewiß ist auch jetzt noch nicht alles erreicht. Aber jene Herrschichten, die seit Menschengedenken das Szepter in der Hand hatten, konnten aus ihrer Position verdrängt werden. Deshalb die unbändige Wut über die Umwälzung nach 1918. Und nun kommt eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, und will jene abgehalfterten Schichten des Adels, der Großgrundbesitzer, des Militärs und anderer rücksichtlicher Elemente wieder zur Herrschaft verhelfen. Man versteht aus diesem Grunde, daß sich alle jene Elemente, darunter auch die Hohenzollernprinzen, für diese „Arbeiterpartei“ einsetzen.

Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus muß alles daran gesetzt werden, die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen



zu erhalten. Wir bemerkten bereits oben, daß Preußen nicht nur eine politische Macht ersten Ranges ist, sondern auch einen maßgebenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Nach den statistischen Erhebungen beträgt der Anteil der öffentlichen Hand in Preußen bei Einrechnung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen am gesamten Gemeinwesen 0,8 Proz. der Unternehmungen und 15,2 Proz. des Personals. Etwa 80 Proz. der Elektrizitätserzeugung befindet sich in Preußen direkt oder indirekt in öffentlicher Bewirtschaftung. Der staatliche Bergbau ist der größte Unternehmer im Steinkohlenbergbau. Allein im Ruhrgebiet verfügt der Staat über 22 Proz. der Bekantgerechtfame der Kohlenfelder. Der preußische Staat ist im Besitz von Kalibergwerken, des Salzregals, von Stickstoffunternehmungen, von riesigen Forsten, von Kleinbahn-Unternehmungen, von Häfen usw. Der preußische Staat ist ferner maßgebend in der Landwirtschaft, durch den Besitz zahlreicher Domänen und was dergleichen Dinge mehr sind. Durch die preußische Staatsbank und die Preußenkasse übt der Staat einen maßgebenden Einfluß auf die Finanzwirtschaft aus.

Preußen ist eine Machtposition ersten Ranges. Sie muß unter allen Umständen gehalten werden. Die preußische Landtagswahl entscheidet darüber hinaus über den Bestand des Reiches in innen- und außenpolitischer Beziehung. Geht der Einfluß in Preußen verloren, dann wird die Arbeiterpartei im Jahre und Jahrzehnte in ihrem Bestreben nach politischer Machtentfaltung zurückgeworfen. Unsere Gewerkschaftsmitglieder in Stadt und Land müssen mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß demagogische Elemente wieder das alte Herrschaftsverhältnis herbeiführen. Dies kann nur geschehen durch die unablässige Werbung für die sozialdemokratischen Wahllisten, beginnend mit den altbekannten Namen Braun-Severing.

Dreibund gegen die Gewerkschaften.

In der letzten Nummer des „Grubenarbeiters“, dem Verbandsorgan des „Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands (EVB)“, wird von der Verbandsleitung zugegeben, daß die von Moskau eingeflechte Kritik gegen die Taktik des EVB als richtig anerkannt wird und daß sie dem Wunsche des Generalrats nachkommen und eine Wendung der Taktik des EVB vornehmen wolle. (Neue Parolen!)

Es wirkt direkt lächerlich, wenn der Vorstand des EVB seinen paar Mitgliedern und den mit ihnen sympathisierenden Bergarbeitern verspricht, sich nun zu bessern und eine Taktik einzuschlagen, die im Interesse der Bergarbeiterchaft liegen soll. (Auf Befehl Mostaus!)

Als man im Januar 1931 den „Einheitsverband“ gründete, wurde versucht, in Zeitungsartikeln und Flugblättern der Bergarbeiterchaft plausibel zu machen, daß nun die Zeit gekommen sei, wo die „reformistischen“ Gewerkschaften erledigt und unter Führung des EVB die „revolutionären“ Forderungen der Bergarbeiter verwirklicht würden. Von den damals aufgestellten Forderungen ist nur wenig übriggeblieben und weiter muß der EVB zugeben, daß seine Taktik in bezug auf Streiks usw. falsch gewesen ist. Es wirkt wie ein Hohn, wenn gerade diese Organisation unseren Verband wegen angeblich falscher Taktik belehren wollte und nun selbst kläglich eingestehen muß, daß sie falsch gehandelt hat. Selbst falsch handeln und von anderen verlangen, daß diese die falschen Handlungen mitmachen, ist eine Logik, die nur den falschen Propheten der RSD. und des „Einheitsverbandes“ zuzutrauen ist. Daß dadurch die Bergarbeiterchaft verwirrt wird, beweisen die letzten Wahlen offensichtlich. Selbst der „große Stalin“ wendet sich in seinem Buch „Probleme des Leninismus“ (Seite 212) gegen die kommunistische Gewerkschaftspolitik und sagt folgendes:

... Es muß ausgesprochen werden, daß niemand der kommunistischen Bewegung im Westen soviel Schaden zufügen kann wie diese und ähnliche „Kommunisten“. Diese Leute wollen die Gewerkschaften von außen her „attadieren“, indem sie sie als „feindliche Lager“ betrachten. Sie begreifen nicht, daß bei einer solchen Politik die Arbeiter sie naturgemäß eben als Feinde betrachten werden. Sie begreifen nicht, daß der Durchschnittsarbeiter die Gewerkschaften — ob sie gut oder schlecht sind — dennoch als seine Festung betrachtet, die ihm hilft, den Arbeitslohn und den Arbeitsstag zu erhalten usw. Sie begreifen nicht, daß eine solche Politik dem Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiterklasse Abbruch tut, statt es zu erleichtern.

Eine schärfere Kritik haben bis jetzt die sogenannten reformistischen Gewerkschaften an der Taktik der RSD. nicht geübt. Sehr interessant ist es, daß die kommunistische Zeitung „Arbeiterpolitik“ die Kampfaktik der RSD. aufs schärfste ablehnt und den Führern glatte Unfähigkeit vorwirft. Sie urteilt folgendermaßen:

„Wenn die RSD.-Führung mit einer derart nicht zu überbietenden Unfähigkeit Streiks inszeniert, wenn sie allen Erfahrungen zum Troß glaubt, Streiks ohne die Gewerkschaften führen zu können, dann trägt sie allein die Schuld an derartigen Niederlagen, dann hat sie kein Recht, über „reformistischen Streikbruch“ zu jammern. Die RSD.-Führer hätten allen Anlaß, statt des böden Geschimpfes auf andere, sich an die Brust zu schlagen und aus dieser Niederlage zu lernen und sich vor allem auch damit zu beschäftigen, warum aus ihren eigenen Reihen soviel Kollegen zu „Streikbrechern“ wurden. Doch die RSD.-Strategen wollen nicht lernen.“

Waren es in letzter Zeit nicht gerade die Führer der RSD. und des „Einheitsverbandes“, die bei jeder Gelegenheit die freien Gewerkschaften als Streikbrecherorganisationen bezeichneten? Nun müssen sich Funk, Hausladen und Genossen von ihren eigenen Freunden und Kommunisten bescheinigen lassen, daß sie eine nicht zu überbietende Unfähigkeit besitzen, Streiks zu inszenieren und zu führen.

Wir haben schon bei Gründung des EVB darauf hingewiesen, daß diese Organisation als Zweigstelle der RSD. nur deshalb gegründet wurde, um eine Einnahmequelle für die RSD. zu schaffen, daß sie darüber hinaus durch ihre Verpflichtungspolitik die gewerkschaftlich organisierte Front schwächt und einen Teil der Bergarbeiter in das Lager des Indifferentismus zur Stärkung der Unternehmer treibt. Die letzten Betriebsratswahlen, die im Ruhrgebiet stattgefunden haben, beweisen, daß frühere kommunistische Wähler ihre Stimme den Nazis gegeben haben. Das ist der praktische „Erfolg“, den der EVB bisher aufzuweisen hat! Was das für die Bergarbeiterchaft bedeutet, sollte jedem denkenden Arbeiter klar sein.

Die Hauptaufgabe der RSD. und der EVB besteht in der Rechtslosmachung der Arbeiterchaft, denn, wenn sie ihr Bestreben darin sehen, „die Gewerkschaften — um mit Stalin zu sprechen — die Festung der Arbeiter, zu zerstören“, so handeln die RSD. und der EVB im Sinne der Unternehmer. Daß sie dieses tun, beweist eine Notiz der „Roten Fahne“ vom 29. August 1931, in welcher von der roten Gewerkschaftsbewegung die Liquidierung des Einflusses der UGB.-Führer gefordert wird, „um an deren Stelle die große revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der deutschen Arbeiter zu schaffen“. Und am 24. August 1931 schrieb das „Ruhr-Echo“, daß die Aufgaben der RSD. und des Einheitsverbandes u. a. die Zerschlagung und die völlige Liquidation der bestehenden verräterischen reformistischen Gewerkschaften sein müssen.

Also nicht um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter kämpft die RSD., sondern die Gewerkschaften in den Betrieben einflusslos zu machen und sie zu zerschlagen, ist ihre Politik.

Die politischen Sadepeter und Drahtzieher der RSD. befinden sich im Kampf gegen die Gewerkschaften nicht allein. Am 20. Februar 1932 hat Alfred Hugenberg in einem Vortrag in Hannover-Süd folgendes gesagt:

„Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, noch ein ganz kurzes Wort zu den Gewerkschaften. Diese müssen meines Erachtens unter allen Umständen ganz verschwinden! Für mich ist der Weg der reflexlosen Zerschlagung der Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch Wertsgemeinschaften der sichere Weg.“

In Gesellschaft von Alfred Hugenberg befindet sich Adolf Hitler, so daß der Dreibund (Hugenberg—Hitler—Thälmann) gebildet ist. Es ist dieses eine bunte Gesellschaft, die sich bemüht, den gewerkschaftlichen Einfluß zu beseitigen und darüber hinaus die Gewerkschaften zu vernichten. Daß aber die RSD. und die EVB-Führer sowie die Funktionäre des „Einheitsverbandes“ als Dritte in Gesellschaft mit dem reaktionären Unternehmertum und deren Beauftragten sich bereit erklären, die Rechte der Arbeitnehmerchaft zu zerschlagen, sollte jedem Bergarbeiter die Augen öffnen. Der Schaden, der durch die falsche Einstellung der RSD. in der Gewerkschaftsfrage der Arbeiterchaft erwächst, ist so groß, daß sehr viel Arbeit aufgewendet werden muß, um dieses wieder auszugleichen. Die ganze Kraft ist einzusetzen, Aufklärung zu schaffen unter den mit der RSD. und der EVB sympathisierenden Bergarbeitern.

Die freien Gewerkschaften fordern Arbeitsbeschaffung.

Der außerordentliche Kongress am 13. April.

Am 13. April tagte ein außerordentlicher Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) im Plenarsaal des Reichstages in Berlin mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“. Zur Vertretung der Reichsregierung waren erschienen Reichsarbeitsminister Stegerwald und Reichsarbeitsminister Warmbold. Ebenfalls war der preussische Finanzminister Klepper anwesend. Als weitere Gäste waren erschienen der preussische Ministerpräsident Braun, der preussische Innenminister Severing, der Berliner Polizeipräsident Grzesynski, der Reichstagspräsident Lobe sowie eine weitere Anzahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, darunter auch der Vorsitzende der SPD, Weis.

Die Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende des ADGB,

Theodor Leipart,

der im wesentlichen ausführte:

Der ursprünglich auf den 23. März anberaumte Außerordentlicher Gewerkschaftskongress ist bis nach der Reichspräsidentenwahl verschoben worden, weil die Bedeutung des Problems, mit dem er sich beschäftigen soll, das Problem der Arbeitsbeschaffung, eine Erörterung des ganzen Fragenkomplexes in voller Öffentlichkeit und in Gegenwart der Reichsregierung unabweisbar erscheinen ließ.

Die Deftlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über sechs Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter ihnen wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Sine politisch der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailler Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verstärken. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, sein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Beseitigung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entbehrt die Reichsregierung um alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsmaßnahmen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindlichen Hindernisse entgegensteht, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wiederherstellen.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis in die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten unabweislich ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten eindringlichen Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch planmäßige,

gezielte Verkürzung der Arbeitszeit

die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit aufbehalten wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppeldienstes zu lösen.

Wiele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können. Wenn endlich die allgemeine gezielte Vierzigstundenwoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September

eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostenlenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern würden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangswise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschiedenen Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

lautete das Thema, zu dem der stellvertretende Vorsitzende des ADGB,

Wilhelm Eggert

folgende bemerkenswerten Ausführungen machte:

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Kongress an Staat und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei große, markante Züge gekennzeichnet: durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die anderen Krisenherde.

Durch das Zusammenfallen der Industriekrise mit der Agrarkrise fehlt in der Weltwirtschaft ein gesundes Teilgebiet, von dem aus das Krisengebiet gestützt und wieder „angesturmt“ werden könnte. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem versagt! Diese gefährliche Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung.

Die langen unfruchtbaren Verhandlungen der Weltmächte in der Abrüstungsfrage, das ungelöste Reparationsproblem, die Ereignisse im Fernen Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes und die Kämpfe um Diktatur oder Demokratie innerhalb der Nationen Europas — das alles hat zu weltpolitischen Spannungen und zu gegenseitigem Mißtrauen der Völker geführt.

In welchem Umfange sich die Vertrauens- oder Kreditkrise ausgewirkt hat, zeigt der Umstand, daß die Vereinigten Staaten ihre Auslandsemissionen von 4 Milliarden im Zeitraum 1927 bis 1929 auf eine Viertelmilliarde Dollar im Jahre 1931 vermindert haben. Frankreich, das seine Kredite auch von England in großem Umfange zurückzog, schuf dadurch weitere weltwirtschaftliche Gefahren, denn nun nahm England, das im Weltmarkt führend voranschritt, im September 1931 jene erstaunliche Operation der Loslösung von der Goldwährung vor. Dem Beispiele Englands folgten schnell aufeinander 21 andere Staaten. Beunruhigt durch diese Entwicklung, in Angst um die Gestaltung ihrer Handelsbilanz, haben die Staaten, besonders in Europa, sich vom Auslande handelspolitisch noch stärker abgeriegelt, Schutzmaßnahmen getroffen, die nur das Gegenteil dessen erreichten, was sie bezweckten.

Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Welthandels beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Jahre 1931.

Ein allgemeiner Deflationsprozeß der Weltwirtschaft, ein Arbeitslosenherr von 25 Millionen Menschen, der Zusammenbruch von Gütererzeugung und Güterverbrauch, Steuerausfälle und Haushaltsdefizite in fast allen Staaten — das ist die Bilanz des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaft.

Soll diese Lawine des Leidens und des Elends, der Zerstörung aller Werte, hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwas schneller zu dem ersehnten Ziel einer planvoll geregelten sozialistischen Wirtschaft?

Wer das glaubt — und wir haben in Deutschland eine Partei solcher Gläubigen —, der kann für die Beseitigung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, der darf sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen. Für die Wundergläubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn das Elend und die Not der Arbeiterklasse am schwersten sind.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber dasselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch!

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionarier und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Verfalls der Privatwirtschaft, die Aufgabe, regelnd

Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedigung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Ueberzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren

Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung

ausgegangen. Dabei waren sie sich durchaus bewußt, daß sich Deutschland in einer weit ungünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England.

Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, das heißt Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht. Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes,
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbau,
4. die Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Die Begrenzung auf eine Million Arbeitskräfte, auf die Zeitdauer eines Jahres, auf 2 Milliarden Gesamtaufwand ist keine willkürliche. Sie ist gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirtschaft, in deren Rahmen sich die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird belebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden auch die Baufstoffindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Nuffekt verstärken. Auf diese Weise kann der Schrumpfungprozeß abgebrochen werden, die Wirtschaft wird eine Atempause bekommen, es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Abwicklung der Konjunktur bilden. Das wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volke das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und seine Zukunft wiedergeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden könnten. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Sie uer Mittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine volkswirtschaftliche Arbeitsbeschaffungsanleihe. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe mußte so ausgestaltet sein, daß sie die gehorteten Gelder aus dem Strumpf herausholt.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollten sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Diese Zwischenfinanzierung geschieht in der Form, daß von den mit den Arbeiten betrauten Unternehmern Wechsel auf die zu gründenden Kreditnehmergesellschaften der Arbeitsbeschaffung gezogen werden. Die mit der Durchführung der Emission der Anleihe beauftragten Banken diskontieren diese Wechsel, wobei ihnen die Anleihestücke als zusätzliche Sicherheit dienen. Die Banken ihrerseits können die hereingekommenen Wechsel bei der Reichsbank rediskontieren. Der Status der Reichsbank wird sich durch die Annahme der auf diese Weise gezogenen „Produktionswechsel“ nur verbessern, weil diese Wechsel sicherer und besser sind als viele Papiere, mit welchem sich gegenwärtig die Reichsbank abfinden muß. Zum Zwecke der Kreditaufnahme müssen die Kreditnehmer ergesellschafteten gebildet werden, die die Verantwortung für die Rückzahlung der aufgenommenen Arbeitsbeschaffungs-

Kredite übernehmen. Reichsbahn und Reichspost sind ohnehin kreditfähig.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden.

Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirkliche scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzten, und diese Preisüberwachung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Umständen zu unterbinden.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche vierzigtägige Arbeitswoche durchführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Vergernis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schreienden Mißstand nicht beseitigen. Hier kann nur die Gesetzgebung aufräumen, und sie muß aufkommen, wenn Gesellschaft und Staat in ihrer Gesamtheit nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorrang erhalten, bei denen der Lohnanteil, sowohl im Vorprodukt, als auch in der letzten Ausführung möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüterindustrie, in weiterer Folge die Produktionsgüterindustrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ kein Raum. Es dürfen nur wirklich zusätzliche Arbeiten für den „Freiwilligen Arbeitsdienst“ in Betracht gezogen werden, wirklich zusätzliche Arbeiten, die sich für Jugendliche als ungelernete Arbeitskräfte besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen.

Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften mit der Frage der Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung befaßt. In seinem Bericht stellt er als Ergebnis der Untersuchungen die für die Arbeitsbeschaffung geeignetesten Arbeitsgebiete fest, veranschlagt für jedes Arbeitsgebiet die Kosten der Arbeiten und legt die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte ein. Danach ergibt sich für seine Arbeitsgebiete, die sich im allgemeinen mit unserem Plan decken, eine Kreditsumme von zusammen 1130 bis 1840 Millionen Mark und die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte von 515 000 bis 865 000.

Der Plan des Reichswirtschaftsrats ist ein Mindestprogramm. Er enthält kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Er wird im einzelnen überaus sorgfältig formuliert. Trotzdem behält der Bericht doch klar und unzweideutig die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Auch er fordert höchste Aktivität der Reichsregierung, um der drohenden Zerschlagung der weltwirtschaftlichen Beziehungen entgegenzuarbeiten und besonders einer vernünftigen handelspolitischen Zusammenarbeit der Völker wieder den Weg zu bahnen.

Der Vortragende ging dann im einzelnen auf das Elend der Arbeitslosen ein. Von den nahezu 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit!

In steigendem Maße müssen leistungsschwache, vorwiegend ländliche Gemeinden die Wohlfahrtsfürsorge an Arbeitslose bis zum äußersten einschränken. Aus einigen Gemeinden, so z. B. aus dem Westerwald, wird gemeldet, daß auch ältere Arbeitslose in ziemlich großer Zahl bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung bitterste Not besteht.

Die zerrüttete Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, den Arbeitern nach wachstumsordnungsmäßig für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos, bleiben es für lange Zeit und verlieren damit wieder die in der Lehrzeit erworbenen, in der eigentlichen Praxis noch nicht erprobten Kenntnisse.

Mit dem Anwachsen und Fortdauern der Krise werden auch die jüngsten Arbeitnehmer, die Lehrlinge, von ihr betroffen. Zehntausende von arbeitslosen Lehrlingen gibt es bereits, die keine Möglichkeit haben, ihre Lehrzeit zu vollenden, weil die Betriebe geschlossen sind. Weitere Zehntausende können ihre Ausbildung nicht zum Abschluß bringen, weil ihnen vom Lehrmeister keine Beschäftigung geboten werden kann, die der Ausbildung dient.

Aus unseren Reihen und auch von einsichtigen Leuten aus anderen Lagern werden als Gegenmaßnahme Sammellehrwerkstätten und ähnliche Einrichtungen gefordert. Geeignete private und öffentliche Betriebe, Berufs- und Fachschulen könnten diesem Zweck dienstbar gemacht werden, aber nur wenig ist bisher geschehen, ja das Berufsschulwesen ist besonders stark vom Abbau betroffen worden.

Die allgemeine Not ist ungeheuer groß, ist bis zur Unerrücklichkeit angewachsen. Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; es geht hier alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast eine Milliarde. Die Osthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung auf 80 Mill. M., die Osthilfe 1931 auf 90 Mill. Mark. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930-31 auf zwei Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Prozent. Der Hausbesitz wurde durch die Reform der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinbauern ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden.

Man hat die Arbeitererschaft, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Der Wille des Kongresses wurde wie folgt formuliert: Entschliebung.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungszustand der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgefallenen Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privateaufträge zu treffen in einem Umfang, daß eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zufälligen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenherstellung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserbeschuh, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennet nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Ueberwindung gesteigert werden. Alle noch ausreißbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterhaltungen sowie der von den Wiederbeschäftigten auszubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer vollständigen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihefücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaukraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitaus vieler Volksteile verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit härtestem Nachdruck zu vertreten.

Staatsmaßnahmen zur Sanierung des Ruhrbergbaues?

Um das Schicksal von Ewald-König Ludwig und Lothringen.

Die immer wieder auftauchenden Gerüchte um eine Sanierung der Berggewerkschaften Ewald-König Ludwig, die auf eine Umwandlung dieser Gewerkschaften in eine Aktiengesellschaft hinielen, haben die Verwaltung dieses Kohlenkonzerns veranlaßt, in einem Dementi der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ die Form der gerüchweise verlauteten Sanierung, zwar recht schwach, abzustreiten. Gleichzeitig gibt aber die Verwaltung bekannt, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht einmal die Abschreibungen verdient seien und also mit einem ganz erheblichen Verlust zu rechnen ist.

Trotz dieser trüben Verwaltungserklärung fanden aber an den Essener und Düsseldorfser Kuxenbörsen in den letzten Tagen ganz erhebliche Käufe in den Kuxen dieser Gewerkschaften von interessierter Seite statt, wodurch sich der Kurs der Ewald-Kuxe in kurzer Zeit gegenüber dem Tiefstande beinahe verdoppelt hat. Ähnlich verhält es sich mit den Aktien der Bergbau-WG. Lothringen, in denen gleichfalls große Käufe von interessierter Bankseite vorgenommen wurden, die eine Kurssteigerung dieser Aktien beinahe um das Dreifache in wenigen Tagen hervorriefen. Nach einer jetzt aufgetauchten Version, die wir allerdings vorbehaltlich der Richtigkeit wiedergeben, sollen tatsächlich Verhandlungen mit der staatlichen Bergwerks-WG. Recklinghausen und der Siberia eingeleitet sein, wodurch eine Konsolidierung der erheblichen Schuldenlast vorgenannter Unternehmen erfolgen soll. Praktisch würde das also einer Staatsubvention für Ewald-König Ludwig-Lothringen gleichzustellen sein, die bekanntlich infolge ihrer geographischen Lage mit den staatlichen Zeichen in der Marktscheide liegen.

Wohl kaum ein zweites Unternehmen in der privatkapitalistischen Wirtschaft hat eine derartig verfehlte Investitionspolitik betrieben, wie die Berggewerkschaften Ewald-König Ludwig. Dieser Konzern hat es fertiggebracht, in kaum

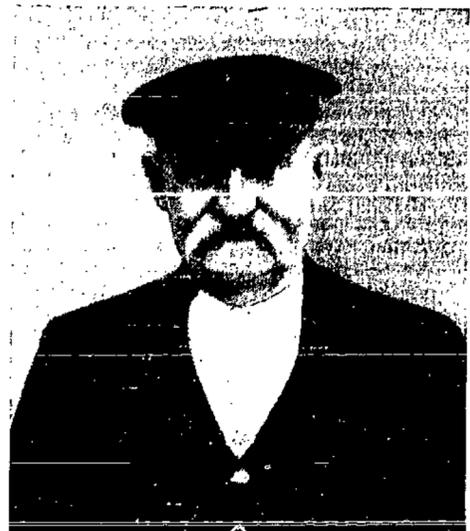
fünf Jahren mehr als 80 Millionen Mark in zwei Schichten Anlagen und eine gänzlich überflüssige Stickstoffabzweigungsanlage, die natürlich seit langem stillgelegt sind. Er dem sich der Grubenvorstand von Ewald-König Ludwig Jahre 1928 anlässlich der damaligen Gewerkschaftenvereinbarung Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe für diese Zwecke geben ließ, finanzierte die Verwaltung die gesamten Neubauten mit teuren Bankkrediten, die diesem Bergwerkskonzern infolge der hohen Bankkurse zu einem erträglichen Ballast geworden sind. Bereits das Geschäftsjahr 1930 schloß mit einem Verlust von rund 8 Millionen Mark mehr als 80 Millionen Mark Bankschulden.

Bei der Bergbau-WG. Lothringen liegen die Verhältnisse kaum günstiger. Dieser Konzern hat eine geradezu sinnlose Expansionspolitik verfolgt, die allmählich zu einer inneren Auflösung des Konzerns geführt hat. Eine Sanierung dieses Unternehmens hätte schon längst erfolgen müssen. Börsenkurs der Lothringer Bergbau-WG. ist innerhalb weniger Jahre von etwa 130 Prozent auf einen Tiefstand von 3 Prozent zurückgegangen. Jeder weitere Kommerz ist da überflüssig.

Es ist eine erschütternde Tatsache, daß diese eben so bedeutenden Kohlenunternehmen dank einer gänzlich verfehlten Leitung kapitalistischer Wirtschaftsführer allmählich vor die Hunde gegangen sind. In diesen Beispielen zeigt es sich wieder einmal, wie dringend die Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues mit Subventionen allein ist weder der Wirtschaft noch der Allgemeinheit gebietet, sondern dieser Weg stellt praktisch nichts anderes als eine Unentbehrlichkeitsprämie für die verfehlte privatkapitalistische Wirtschaftsführung dar. Es bleibt zu hoffen, daß im Falle Ewald-König Ludwig-Lothringen, wo die Verhältnisse in jeder Hinsicht für eine Verstaatlichung besonders günstig liegen, die Volkswirtschaft so brennenden Frage tatkräftig gehandelt wird.

Ein Vorbild treuer gewerkschaftlicher Pflichterfüllung.

Am 2. April d. J. feierte unser Kamerad Franz Schmidt (Zahlstelle Haltern) seinen 75. Geburtstag. Er gehört dem Verband seit dem 1. August 1889 an und ist Mitgründer desselben. Sein ganzes Leben war gewerkschaftliche Arbeit: von 1919 bis 1923 war er erster Vertrauensmann, von 1919 bis 1923 sozialdemokratischer Stadtverordneter und jahrelang Funktionär der Volksfürsorge. Im Jahre 1905 kam er nach Haltern und sofort stellte er sich als eifriger und unermüdbarer Funktionär der eben gegründeten Zahlstelle zur Verfügung, als es hieß, in



schwarzen Münsterland eine Preche zu schlagen für Gewerkschaft und Sozialismus. Mühevoll, oft nicht ohne Gefahr verbundene Agitationstouren hat er unternommen, um Kameraden in diesem Bergarbeiterneuland für unseren Verband zu gewinnen. Auch jetzt noch, in seinem hohen Alter, fehlt er keiner Verbandsversammlung und gehört der Ortsverwaltung als zweiter Vertrauensmann an. Die Zahlstelle Haltern hofft und wünscht, daß Kamerad Franz Schmidt noch lange bei bester Gesundheit uns angehören möge. Der Jugend diene er immer als Vorbild treuester gewerkschaftlicher Pflichterfüllung!

Verband und Wirtschaft

Die sieben erschienene Aprilnummer unserer bekannten Funktionär-Zeitschrift enthält u. a. zwei Abhandlungen, auf die besonders hingewiesen werden soll:

Der Staat als Unternehmer

(anknüpfend an die gleichnamige Schrift von Staatssekretär Dr. Staudinger)

Krisenabschlüsse der Montanindustrie

(5 wichtige Bilanzen fachkundig durchleuchtet!)

Weiterhin:

Betrachtungen

(Ausgewählte Kapitel zeitgemässer Wirtschaftskunde)

Wirtschaftszahlen

(Ohne Zahlen — kein wirtschaftliches Urteil)

Für den fortschrittlichen Funktionär

ist Verband und Wirtschaft

ein unentbehrliches Werkzeug

17. Woche Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 17. April bis 23. April 1932

Ein verwerflicher Tarifbruchversuch der Zeche Karoline in Holzwickede.

Am 11. Februar 1932 wurde in einer Konferenz der Betriebsausschüsse der Schachtanlagen Karoline, Gotteslegen und Alte Haase, die den Vereinigten Elektrizitätswerken angehören, bekannt, daß man beabsichtige, die Schachtanlage Karoline stillzulegen. Eine endgültige Mitteilung konnte die Verwaltung jedoch nicht geben. Bald darauf aber wurden schon in der Umgebung von Holzwickede von Geschäftsleuten und Zechenbeamten, die ebenfalls Kenntnis von der beabsichtigten Stilllegung hatten, Versuche unternommen, um die Bergarbeiter zu bewegen, sich mit Lohnabzügen einverstanden zu erklären, damit die Zeche nicht stillgelegt würde. Die Vereinigte Kaufmannschaft von Holzwickede förderte diese Bestrebungen mit der Zusage, daß sie als Vereinigte Kaufmannschaft bereit sei, die Lebensmittelpreise in gleichem Maße zu senken, wie die Arbeiter sich mit einem Lohnabzug einverstanden erklärten. Die Beamten gaben erklarten sich bereit, den doppelten Prozentsatz Gehaltsabzug hinzunehmen, die die Arbeiter an Lohnabzug zu tragen gewillt wären.

Am Sonntag, dem 14. Februar d. J., wurde dann eine Belegschaftsversammlung abgehalten. In dieser Belegschaftsversammlung hat das Betriebsratsmitglied Schulte den Vorschlag gemacht, die Belegschaft solle sich mit einem 20- bis 25-prozentigen Lohnabzug einverstanden erklären. Von dem Vertreter unserer Organisation, dem Kameraden Seeger, wurde ganz unzweideutig der Standpunkt vertreten, daß die Belegschaft unter keinen Umständen sich dazu hergeben dürfe, auf diese Art den Tarif zu durchbrechen. Mit Dreiviertelmehrheit wurde dann in der Abstimmung abgelehnt, sich auf einen Lohnabzug einzulassen.

Die Geister ruhten jedoch nicht. Das Angestellte-Betriebsratsmitglied Schenk ließ keine Ruhe und versuchte jetzt mit Hilfe einiger Betriebsratsmitglieder die Belegschaft auf einen anderen Weg zu bringen. Es kam ein Aufruf, in dem aufgefordert wurde, sich in eine Liste einzuschreiben, als Bedingung, daß man eine Stilllegung nicht wolle. Der Betriebsrat sollte Vollmacht erhalten, weiter zu verhandeln. Von der 497 Mann starken Belegschaft (Arbeiter) haben sich 290 dafür, 163 dagegen eingeschrieben. 2 Stimmen waren ungültig und 42 haben sich überhaupt nicht eingeschrieben. Alle 47 Beamten haben sich für einen Gehaltsabzug eingetragen.

Inzwischen hat der Zechenverband, am 9. März 1932, die Verbände zu einer Sitzung geladen mit dem Tagesordnungspunkt: „Herausnahme der Zeche Karoline aus der Lohnordnung“. Die Organisationsvertreter haben dieses Ansuchen abgelehnt. Diejenigen, die den Lohnabbau mit der Belegschaft durchführen wollten, mußten jetzt einsehen, daß sie auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen können. Deswegen wurde ein anderes Mittelchen empfohlen, und zwar sollten sich die Belegschaftsmitglieder bereit erklären, drei Schichten umsonst zu arbeiten.

Die Arbeiterräte, die sich mit dieser Frage befaßten, waren in ihrer Stellungnahme nicht einig. Es haben sich fünf Arbeiterräte für und vier dagegen erklärt. In der Verhandlung, die mit der Verwaltung über diese Frage stattgefunden hat, wurde gefordert, daß nicht drei, sondern 4,5 Schichten umsonst gearbeitet werden müßten, weil sonst das Defizit von 335 000 M. nicht gedeckt werden könne. Die Verwaltung wollte aber (ach, wie großzügig!) die halbe Schicht in Fortfall kommen lassen; vier Schichten aber müßten es bestimmt sein. Dieses Ansuchen wurde einstimmig vom Arbeiterrat abgelehnt. Es wurden nun mit Zustimmung der Verwaltung von einem sog. Wahlausschuß in der Marktonomik wiederum Listen aufgelegt, in die sich die Belegschaftsmitglieder einzuschreiben sollten, die bereit seien, nach dem 1. April 1932 drei Gratisarbeiterschichten zu verfahren. Für diesen Vorschlag haben sich dann bis zum 31. März 1932 etwa 330 Belegschaftsmitglieder, ohne Angestellte, eingeschrieben. Die Angestellten hatten einstimmig beschlossen, auf 10 Prozent Gehalt zu verzichten.

Selbst unsere Organisation wurden nun am 31. März zwei Belegschaftsversammlungen abgehalten, in denen noch einmal zu der Situation Stellung genommen wurde. Unsererseits wurde aufgefordert, sich unter keinen Umständen dafür herzugeben, drei Schichten umsonst zu arbeiten.

Nun ist das Verhältnis so, daß von den 497 Arbeitern 210 weiter arbeiten. 287 Mann sind entlassen. Sie haben sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet. Der Betrieb ist auf eine Schicht zusammengeleitet worden.

In der Öffentlichkeit spielt der Vorgang auf der Schachtanlage Karoline eine große Rolle. Jeder stellt die Dinge so dar, wie er glaubt, sie durch seine Brille am richtigsten zu sehen. Die „Bergwerks-Zeitung“, die seit Anfang Februar sich in einigen Artikeln mit den Vorgängen auf der Schachtanlage Karoline beschäftigt, jubiliert und behauptet, daß die Belegschaftsmitglieder einsichtiger seien als der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands. Die „Bergwerks-Zeitung“ hat wiederholte Male

geschrieben, daß der Erfolg für die Verwaltung ein noch viel größerer wäre, wenn nicht der Bergarbeiterverband in so ausgiebiger und scharfer Weise sich gegen diese Lohnabzugsnahme gewandt hätte. Bei der „Bergwerks-Zeitung“ ist der Wunsch, auf diese Art von den Bindungen der Tarifverträge loszukommen, nur zu ersichtlich.

Die Kommunisten spielen wie immer eine besondere Rolle in dieser Bewegung. Sie haben in der ganzen Belegschaft einen Anhang von etwa acht Mann. In wild aufgemachten Zeitungsberichten ist von der RPD. wochenlang der größte Schwindel verbreitet worden. Man schreibt über Streik auf der Zeche Karoline. Von Streik ist gar keine Rede. Die Belegschaft streikt nicht und hat auch keinen Streik beschlossen. Die arbeitslosen Kameraden lehnen es ab, sich unter die Führung der Kommunisten zu begeben. In Holzwickede schüttelt man den Kopf über die Presseberichte der kommunistischen Zeitungen, die gar von „Machhausbesetzung“ fabeln. Auch die meisten anderen Artikel, die veröffentlicht wurden, sind großer Schwindel. Die Kommunisten verhehlen unserer Bewegung einen Schlag zu verfehlen. Dafür müssen Lüge und Verleumdung in allen ihren Artikeln herhalten, um die breite Öffentlichkeit irreführen zu können. Wenn

Wir kämpfen

für eine andere Gesellschaftsordnung und erstreben die Beseitigung der heutigen Wirtschafts-anarchie.

Wir fordern

Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose. Zur Durchführung dieser Forderungen brauchen wir eine Macht.

Bist mit,

diese Macht zu bilden! Stärkt die Organisation!

Werbt neue Mitglieder!

auch vier Betriebsräte und einige Mitglieder unserer Organisation unsere Parole nicht befolgt haben, so kann dafür nicht der Verband als solcher verantwortlich gemacht werden. 97 Prozent unserer Mitglieder und Funktionäre befolgen die Parole unserer Organisation, sich keinem Lohnabzug auf außer tariflicher Grundlage zu beugen.

Die ganzen Vorgänge, die sich in Holzwickede abspielen, zeigen der gesamten Bergarbeiterschaft, welche Mittel angewandt werden, um

1. die Arbeiter gegen die Organisation aufzuheben,
2. den Tarifvertrag zu durchbrechen, und zeigen wie sich Kommunisten und Nazis immer zusammenfinden und sich an die Seite der Arbeitgeber stellen, damit der Einfluß der Organisation verringert werden soll.

Wachsender Wille zum Ausbau und zur Stärkung unserer Organisation sowie auch der Disziplin müssen die Folge sein, die aus den Vorgängen auf Karoline zu ersehen hat. Die Kommunisten wollen auch aus dieser Bewegung finanzielle Vorteile ziehen. Sie fordern überall auf, für die streikenden Bergarbeiter in Holzwickede zu sammeln. Sie haben bereits einige Kleinigkeiten verteilt. Eine ganze Menge anläßlicher Bergleute hat das Almosen der Kommunisten abgelehnt. Es besteht der Verdacht, daß die gesammelten Gelder doch nicht reiflos für die entlassenen Arbeiter von Holzwickede verwendet werden. Im übrigen ist diese Bettelei ein betrübliches Zeichen für die RPD-Bewegung, die bei der geringsten Kleinigkeit mit dem Bettelstiel herumlaufen muß. Damit demonstriert sie auch die Ohnmacht ihrer Bewegung nach außen hin.

weibern“ die Rede. In der Tat war es auch schwer, andere Ausdrücke für den nazionalistischen Blödsinn zu finden. —

Wenn heute die Bergwerksunternehmer die nazionalistische Bewegung mit Millionen unterstützen, so ist das zu verstehen. Sie sind nicht besser als die von ihnen finanzierten Naziführer, eben diese „Waschweiber“.

Deshalb, Kumpels, sorgt dafür, daß bei den Preußenwahlen die Bäume dieser Leute nicht allzu hoch emporzuleben. Wählt die Klasse 1 der SPD., damit wirklich Arbeitervertreter eure Rechte im Parlament vertreten können!

Arbeitshygiene und Arbeitszeit.

Trotz der Wirtschaftskrise wird eine weitere Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit festgestellt. Das ist eine erfreuliche, aber auffallende Tatsache, auf die Medizinalrat Dr. Mäher in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ hinweist.

Die größte Abnahme zeigen die höchsten Altersklassen, schreibt er. Hierbei zeigt sich nach der Ansicht von Dr. Mäher die große Bedeutung der Gewerbehgiene, die Besserung der Lebenshaltung, insbesondere durch Hebung des Reallohnes, und der Einfluß der Sozialversicherung.

„Alles spricht aber auch dafür“, so schreibt Dr. Mäher weiter, „daß die Bedeutung der Arbeitszeit bzw. der Arbeitsruhe von der Hygiene bisher nicht genügend gewürdigt worden ist. Vielleicht liegt hierin eine Möglichkeit, das paradoxe Verhalten der Tuberkulosesterblichkeit in dieser Zeit einer ungewöhnlich starken und langen Krise zu finden.“

Die Arbeitszeit war zu lang. Die Arbeit zu hart. Und ausgerechnet die Not der Krisenzeit muß die Wissenschaftler das lehren, was wir aus dem Leben heraus immer wieder behaupteten und verlangten.

Jahrestagung des Bezirk Senftenberg.

In der Osterwoche fanden in den Geschäftsstellen Senftenberg, Hoyerswerda, Klettwitz, Elsterwerda und Reichenau Jahrestagungen statt, die ausnahmslos einen vorbildlichen Verlauf nahmen. Die notwendigen Wahlen vollzogen sich in allen Geschäftsstellen mit großer Einmütigkeit. An Stelle des ausscheidenden Kameraden Bormann (Saud) wurde Kamerad Bröcker (Klettwitz) in die Bezirkskommission gewählt. Die Revisionskommissionen wurden in allen Geschäftsstellen wiedergewählt.

Aus den Berichten der geschäftsführenden Kameraden ging ohne Ausnahme hervor, daß der Verband sich auch in der Krise behauptet hat. Der Mitgliederverlust ist nicht erheblich. An Rechtschulern wurde im verflochtenen Geschäftsjahr im Bezirk ein Betrag von 73 746,84 M. für die Kameraden erstritten.

An Unterstützungen wurden folgende Beträge gezahlt: an Kranke 33 000 M., Arbeitslose 128 536,77 M., Kurzarbeiter 171 098,52 M., Streikende 146,80 M., Gemahregelte 2057,65 M. und an Umzugsunterstützung 608,30 M., insgesamt 335 547,04 M.

Von besonderer Bedeutung war der Situationsbericht des Kameraden Briewig. Ausgehend von der furchtbaren Not der Braunkohlenarbeiter unseres Bezirks, entwarf er ein Bild über die gegenwärtige Lage, das in allen Einzelheiten durchaus zutreffend war. Im einzelnen führte er etwa folgendes aus:

Wir haben für alle Wünsche und Beschwerden unserer Kameraden stets Verständnis gehabt. Vielfach wird aus Kameradenkreisen in diesen Tagen eine wesentliche Senkung der Beiträge gefordert. Wenn wir aber die Aufgaben unserer Organisation im Interesse unserer Kameraden pünktlich und nachhaltig erledigen wollen, dann brauchen wir Geld und immer wieder Geld. Die Geschichte der Arbeiterbewegung liefert auch eine Reihe von Beispielen dafür, daß nur diejenigen Arbeiterorganisationen ihre Aufgaben richtig erfüllen konnten, die nicht einen zu niedrigen Beitrag hatten. Auch das neue Geschäftsjahr stellt uns vor gewaltige Aufgaben. Das Geschrei der Unternehmer nach Lohnabbau und Senkung der Sozialausgaben muß wie eine Provokation wirken, wenn man bedenkt, daß an einzelne Mitglieder in den Gesellschaften Entschädigungen gezahlt werden, mit denen viele hundert Arbeiterfamilien ihr Leben fristen könnten.

In der deutschen Gesetzgebung gibt es eine Menge Lebenshüter. Sowohl die Gewerbeordnung als auch das Berggesetz sind längst durch die Zeit überholt. Auch die Rechtsprechung in Arbeitsachen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Rechtsprechung wandelt sich hier aber mit den politischen Machtverhältnissen. Wenn die Arbeiterchaft daher ihre Lage erkennen wollte, dann könnte uns nach einigen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften schon bald geholfen sein. Die Wirklichkeitsfremdheit einiger Arbeitsrichter, die in Urteilen zutage tritt, hat in unserem Bezirk längst gefährliche Ausmaße für die Arbeiterchaft angenommen.

Die Sozialversicherung stand im verflochtenen Jahr im Zeichen der Krise. Der Vorstand der Brandenburger Knappschaft ist aber bestrebt, den Fortfall der Mehrleistungen, soweit hierdurch größte Härten verursacht worden sind, wieder gut zu machen. Da jedoch die Wiedereinführung der Mehrleistungen an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde geknüpft ist, liegt die Entscheidung zunächst bei dieser Stelle. Auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft scheinen uns die nächsten Jahre der Entscheidung näher zu bringen. Die Auseinandersetzung, die vor einigen Tagen im Reichskohlenrat zwischen Gewerkschaftsvertreter und Arbeitgebervertreter stattfand, war ein Kampf zwischen zwei Welten. Die von unserer Organisation jetzt mit Nachdruck verlangte Sozialisierung des Bergbaues muß in Mitgliederkreisen immer und immer wieder debattiert werden. Es geht bei dieser Frage um Sein oder Nichtsein der deutschen Bergarbeiterschaft.

Wir haben auf unserem Weg zum endgültigen Sieg in nächster Zeit wichtige Etappen zurückzulegen. Die Hindenburgwahl und die Preußenwahl bieten der Arbeiterchaft Gelegenheit, den Faschismus zu schlagen. Die nazionalistische Meute erfährt gerade aus Bergwerksbesitzerkreisen eifrigste Förderung und Unterstützung. Darüber mögen alle Kameraden nachdenken.

Das „Dritte Reich“ würde die Beseitigung aller Arbeiterrechte bringen. Die Parole für die kommenden Wochen muß deshalb für uns Braunkohlenarbeiter lauten: Weg mit dem Hitlerpfui, dann dient ihr euch und euren Kindern!

Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Die am 25. März 1932 zusammengetretene Jahrestagung der Geschäftsstelle Senftenberg im Bergbauindustriearbeiterverband fordert einmütig und nachdrücklich die Verstaatlichung des gesamten deutschen Kohlenbergbaues. Die Delegierten betonen ausdrücklich, daß sie als die Vertreter des schwärzesten aller Kohlenreviere ganz besonders befügt sind, diese Forderung zu erheben. Sie sind der Auffassung, daß der kapitalistische Wahnsinn des Belegschaftsabbaues nicht ungehindert seinen Fortgang nehmen darf. Die Braunkohलगewaltigen lehnen aber jeden Vorschlag, der auf eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit abzielt, rundweg ab. Das Krümpersystem und andere Maßnahmen, welche nach den Erfahrungen geeignet sind, die Arbeitslosigkeit mit Erfolg zu bekämpfen, werden von ihnen als undiskutabel bezeichnet. Unbeirrt fordern wir aber immer wieder die Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf alle Braunkohlenarbeiter unseres Reviers.“

Vor allem Sicherheit!

Konkrete Forderung ist dieser Grundsatz für alle Werktätigen, die mit mühsam erparten Summen die Beiträge für die Lebensversicherung, die Sparkasse und ähnliches leisten. Sie wird jetzt mit besonderem Nachdruck erhoben, weil Vorgänge im Wirtschaftsleben die Bevölkerung zu gesteigerter Vorsicht ermahnen haben.

Die Arbeiterchaft kann mit Genugtuung auf ihre wirtschaftlichen Unternehmungen hinweisen, die dem geforderten Grundsatz immer gerecht geworden sind, ihn auch nicht um irgendwelcher Vorteile willen aufgeben werden. Wie wir noch nachdrücklich betonen wollen, hat auch die Wirtschaftskrise hieran nichts geändert.

Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der Arbeiterchaft, hatte Ende 1931 ein Vermögen von etwa 170 Mill. M., das zum überwiegenden Teil Eigentum der Versicherer ist. Sie muß bei der Anlage dieses Vermögens selbstverständlich die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheiten beachten, bemüht sich aber mit Erfolg, die schon dadurch gegebenen Sicherheitsfaktoren durch besonders vorsichtige Kapitalanlagen — die gleichzeitig auch den sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen des werktätigen Volkes nutzbar gemacht werden — noch zu vermehren.

Nachdem kürzlich über die anderen Finanzinstitute der Arbeiterchaft ähnliches berichtet werden konnte, ist es immer wieder angebracht, diese Unternehmungen zur Inanspruchnahme zu empfehlen. Auf die Volksfürsorge bezogen, muß es also heißen: Für Lebensversicherungen — nur die Volksfürsorge!

Grubensicherheit und Nazis.

Die Unfähigkeit der Nazis zeigt sich nirgends trasser als auf dem Gebiete der Grubensicherheit. Gerade jetzt bei der Preußenwahl dürfte es die Bergarbeiter interessieren, was die Nazis überhaupt geleistet haben. Im Preussischen Landtag selbst haben die Nazis auch nicht einen Antrag zum Schutze der Bergarbeiter gestellt. Ja, sie haben während der ganzen Legislaturperiode auch nicht einmal das Wort zu diesen Fragen ergriffen. Darüber braucht man sich natürlich nicht zu wundern, wenn man weiß, daß sich auch nicht einer in der ganzen Gesellschaft befindet, der etwas vom Bergbau versteht.

Ein einziges Mal haben sich die Nazis überhaupt in der Öffentlichkeit zur Grubensicherheit geäußert, und zwar gelegentlich des furchtbaren Grubenunglücks in Alsdorf. Damals hat sich der nazionalistische Reichstagsabgeordnete Dr. Ley, ein Ehemaliger, widerrechtlich in die Grube eingeschlichen und hat sich dann unter knafligen Weberschriften: „Mörder von Alsdorf und vom Saargebiet“, „Furchtbare Enthüllungen“, „Aufdeckung der Schuld am Alsdorfer Unglück“ im „Westdeutschen Beobachter“, einem rheinischen Naziblatt, geäußert. Dieser Artikel wurde auch als Extrablatt überall vertrieben.

Diese „furchtbaren Enthüllungen“ des Nazidoktors waren berast, daß alle Bergarbeiter glauben, man habe es mit einem Geisteskranken zu tun. Die Alsdorfer Bergwerksunternehmer haben sich an einen bekannten akademischen Vertreter der Bergbauwissenschaft gewandt zwecks Widerlegung des Leuzhens Unsinns. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hat diese Widerlegung veröffentlicht und ihre längere Einleitung vorangesetzt, in der gesagt wurde, daß „nirgendwo der private Erwerbsgedanke in einer pervertieren und niedrigeren Form aufgetreten ist, als in diesem Extrablatt.“ In der Antwort des Fachmanns an Dr. Ley war von „Bierull“ und von „alten Wasch-

